

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Redaktion und bei den Verkaufsstellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbeziehung 2,50 RM. Einzelnummern 10 Pf. (Postbeziehung 12 Pf.).

Verlagspreis: Die 8-spaltige Raumzelle 20 Rpf., die 4-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklametzelle im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 85 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Donnerstag, den 10. April 1930

## Staat und Wirtschaft.

Kritische Lage — und das nicht bloß für Kabinett und Reichstag. Kritische Lage — nicht minder für die Wirtschaft, für Arbeitgeber, die auf Besserung der Konjunktur hoffen, und für das Massenheer der Arbeitnehmer, die aus dem Produktions- und Verteilungsprozess anscheiden müssen und wieder mit allen Kräften dorthin zurückdrängen. Probleme über Probleme verschiedenster Art, politischer und wirtschaftlicher Natur — und auch diese wieder in- und durcheinandergehend, sich bedingend, voneinander abhängig. Verwirren sich die Grenzen zwischen „Staat und Wirtschaft“ — ein Thema, über das, ohne sonderlich dadurch erheblich an Klarheit zu gewinnen, so unendlich viel geredet und geschrieben worden ist. Und das um so brennender wird, je mehr aller schon die Wirtschaft oder wichtige Teile von ihr hinausstreben, Bindungen eingehen über die Grenzen des eigenen Staates hinaus.

Was kann der Staat von „der Wirtschaft“ verlangen, was umgekehrt die Wirtschaft vom Staat? Wieder einmal wird dieses schon in seinen Ausgangspunkten wechselnde Thema zum Hauptgegenstand der Verhandlungen gemacht, mit denen die 50. Volkerversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, also der Spitzenorganisation der deutschen Handelskammern, eingeleitet wurde und das diese Tagung überschattet. Daß die Verflechtung zwischen dem Staat als der geformten politischen Einheit eines Volkes und der Wirtschaft als dem Mittel, Lebensgrundlagen für das Volk zu schaffen, zu erhalten mit wachsender Bevölkerungszahl auszubauen, ganz unzerföhrbar geworden ist, ergibt sich schon aus dem Charakter des modernen Staates als eines Wohlfahrts- und Fürsorgestaates. Aus seinen sozialen Verpflichtungen, die vom Arbeitnehmer wie vom Arbeitgeber zum mindesten in Deutschland als selbstverständlich anerkannt werden. Und aus der früheren „Nachwächterrolle“ des Staates gegenüber der Wirtschaft — einer Rolle, die übrigens immer nur theoretische Forderung, nie völlige Wirklichkeit blieb — sei es in Europa, dann in Amerika, jetzt auch in Asien die Wirtschaften der Völker erfüllt. Denn jetzt tritt der Staat nach außen hin immer stärker als Vertreter seiner Volkswirtschaft auf und z. B. die Entwicklung der allseitigen Hochschulpolitik ist, von hier aus gesehen, fast eine Selbstverständlichkeit, der sich ja auch England längst nicht mehr verschloß. Weltwirtschaft wird zum politisch durchdrängten, beeinflussten und schließlich auch bisweilen regulierten Weltwirtschaftskampf der Staaten gegeneinander. In dieser Regulierung aber tritt auch wieder der Staat als Anwalt der Interessen seiner Volkswirtschaft auf. Auch der eigenen Wirtschaft gegenüber, weil er bei dieser Regulierung wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Völkern sehr oft eigene widerstrebende Interessen ausgleichen muß zum Westen — oder wenigstens des gewohnten Westens — des ganzen Volkes und seiner Wirtschaft.

Mit besonderer Deutlichkeit wurde auf dem Industrie- und Handelstag aber eine für Deutschland ganz singular abweichende Charakterseite des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft berührt: Deutschland ist „Reparationsstaat“, hat politische, staatliche Bindungen eingehen müssen für die Ausführung wirtschaftlich-finanzieller Leistungen. Daraus ergeben sich auch wieder weitgehende Eingriffsbefugnisse des Staates in die deutsche Volkswirtschaft, haben sich freilich auch Absplitterungen von dieser an sich unbedingten staatlichen Hoheit gebildet in der Reichsbank und der Reichsbahn. Leider aber entstehen auch gerade von diesen beiden Seiten her aus Gründen ihrer reparationspolitischen Verpflichtungen überaus einschneidende und bisweilen sehr wenig erfreuliche Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Und darüber hinaus auf das Leben und die Bewirtschaftung des Staates als der politischen Organisationsform des deutschen Volkes selbst. Auf die Regierung, auf den Reichstag und seine Parteien. Wenn zu den an sich schon vorhandenen Schwierigkeiten auch noch irgendwelcher wirtschaftspolitischer Dogmatismus und ungesunder Egoismus hinzukommt — und beides erfolgt allzuoft —, dann messen sich die Kräfte dieser vorstehenden Teile mit denen des übrigen Ganzen. Und jene siegen so manches Mal — zum Unheil des wirklich Ganzen. Denn die Frage ist ja ganz falsch gestellt: Staat oder Wirtschaft? Denn der Mensch ist nicht nur Lebewesen, „vegetativ“ nicht nur, sondern ist Teil seines Volkes, in dem er lebt. Beides überschneidet sich, aber beide Seiten haben auch die jeder von ihnen „eigenartigen“ Aufgaben, die aber wieder jedes von den beiden nicht ohne das andere lösen kann. Am wenigsten in Deutschland. So vergleiche die Wirtschaft mit dem Herzen, das das Blut durch die Adern des Staates treibt und ihn lebensfähig erhält, äußerte auf dem Industrie- und Handelstagsminister Dr. v. Guorard, um mit Recht hinzuzufügen: „Daraus folgt die absolute Verbundenheit von Staat und Wirtschaft!“

## Ein neues Steuerkompromiß der Regierung

### Die Biersteuererhöhung abgelehnt.

Die Reichsregierung auf der Deckungssuche.

Für die Reichsregierung haben sich die Schwierigkeiten, die notwendigen Mittel zur Balancierung des Etats zu verschaffen, abermals verstärkt. Der Steuerantrag des Reichstages hat nach kurzer Aussprache die Biersteuererhöhung mit großer Mehrheit abgelehnt. Für die Vorlage stimmten nur das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Die übrigen hinter der Regierung stehenden Parteien lehnten gemeinsam mit den Sozialdemokraten, den Deutschnationalen, den Kommunisten und Nationalsozialisten die Vorlage ab. Nachher wurde die Vorlage über die Industriebelastung für 1930 in Höhe von 350 Millionen (Fälligkeitstermine 15. August 1930 und 15. Februar 1931) angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der Aufbringungsanlage einen Artikel II anzufügen, der für 1930 einen zehnprozentigen Einkommenszuschlag für Einkommen über 8000 Mark vorschreibt, wird mit sehr knapper Mehrheit (14:13 bei einer Stimmenthaltung) abgelehnt. Damit ist die Ausschlußberatung der Deckungsvorlagen beendet.

Außer den im Ausschuß abgelehnten Vorlagen über die Tabaksteuer und die Mineralwassersteuer ist nun also auch das Hauptstück des Steuerprogramms, die Biersteuer, deren Gesamtwert 370 Millionen Mark ausmacht, wovon 240 Mill. Mark das Reich und 130 Mill. Mark die Länder erhalten sollten, gefallen.

Wie die Volksversammlung des Reichstages sich zu der Biersteuer stellen wird, bleibt noch abzuwarten. Allgemeine Beachtung rief der Empfang des Parteivorstandes der Bayerischen Volkspartei, Oberregierungsrats Dr. Schäffer, beim Reichspräsidenten in parlamentarischen Kreisen hervor. Über das Ergebnis des Empfanges wurde kein amtlicher Bericht ausgegeben. Bei der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Schäffer soll es sich in der Hauptsache um die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zur Biersteuer gehandelt haben. Einerseits soll der Reichspräsident den Versuch unternommen haben, die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei zur Biersteuer zu gewinnen, andererseits soll Dr. Schäffer dem Reichspräsidenten die Gründe dargelegt haben, derentwegen eine Annahme der Biersteuer für seine Partei unter seinen Umständen in Frage kommt.

Das Reichskabinett ist am Mittwoch abermals zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich mit der Frage zu beschäftigen, wie der durch Ablehnung der Biersteuererhöhung entstandene Steueranfall wieder eingebracht werden kann. Die Reichsregierung soll hierbei an eine stärkere Heranziehung der Umsatzsteuer denken. Ob ihr die Durchbringung dieses neuen Planes gelingen wird, bleibt noch abzuwarten. Jedenfalls war man am Mittwoch in parlamentarischen Kreisen nach wie vor recht pessimistisch und das Wort Reichstagsauflösung schwirrte noch immer durch die Wandelhalle des Reichstages.

## Vor neuen Aufgaben

### Politik das Schicksal der Wirtschaft.

Zubläumtagung des Industrie- und Handelstages.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag trat in Berlin unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz von Mendelssohn zu seiner 50. Volksversammlung zusammen. Von den Versammlungsteilnehmern sah man den Reichswirtschaftsminister Dietrich, den preussischen Handelsminister Schreiber, den Reichsbankpräsidenten Luther, den Generaldirektor der Reichsbahn, Dormüller, sowie zahlreiche Vertreter der Landesregierungen, des Reichsrats und des Reichstages, der Reichs- und Staatsbehörden, der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, der Presse sowie endlich der deutschen Industrie- und Handelskammern und der deutschen Auslands-Handelskammern.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Franz von Mendelssohn, daß der Pessimismus, der vielfach hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft besteht, nicht recht zu behalten brauche, wenn endlich ein fester, erfolgversprechender Wille der politischen Führung die große Wendung zu einer folgerechten Politik der Wirtschaftsförderung zugunsten aller Volksgenossen finde. Statt der oft gebrauchten Antithese „Die Politik ist das Schicksal“ oder „Die Wirtschaft ist das Schicksal“ gelte gerade jetzt der Satz:

„Die Politik ist das Schicksal der Wirtschaft“

und damit des ganzen Volkes. Reichswirtschaftsminister Dietrich, der nach Franz von Mendelssohn das Wort ergriff, überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung. Er führte aus, daß die Tagung unter eigenartigen Verhältnissen stattfände, da sie nicht nur in eine tiefe Depression, sondern auch in

### Das neue Steuerkompromiß

Berlin, 9. April. Die Verhandlungen der Regierungsparteien mit dem Reichskabinett über die Finanzreform führten am Mittwoch abend zu einer Verständigung. Nur die bayerische Volkspartei hat sich dem Kompromiß nicht angeschlossen.

Das Kompromiß sieht die Erhöhung der Biersteuer um 50% unter Freilassung der kleineren Brauereien bis zu 10 000 Hektoliter vor. Der Ertrag wird mit 148 Mill. Mark berechnet, wovon 93,2 Mill. an das Reich und 54,8 Mill. an die Länder gehen sollen. Die allgemeine Umsatzsteuer soll von 0,75% auf 0,85% erhöht werden. Hier wird mit einem Ertrage von 110 Mill. gerechnet, wovon 77 Mill. das Reich und 33 Mill. die Länder erhalten sollen. Schließlich soll eine Sondersteuer auf die großen Umsätze der letzten Hand, also eine Warenhaussteuer erhoben werden, und zwar in Höhe von 0,5%, was einen Ertrag von 27 Mill. ergeben soll, wovon 19 Mill. auf das Reich und 8 Mill. auf die Länder entfallen. Die Steuer beginnt bei Umsätzen von einer Million Mark. Die übrigen Deckungsvorlagen werden aufrecht erhalten und zwar die Tabaksteuernovelle in der Fassung, die sie vor der Ablehnung im Ausschuß erhalten hat, also Zahlung von 1/2% Bewaltungsbeiträge für die Zigarettensteuerverläger. Insgesamt wird mit einem Ertrage von 532 Mill. gerechnet, wovon das Reich 356,2 Mill. und die Länder 175,8 Mill. erhalten sollen. Auf die Länder entfallen also 5,8 Mill. mehr als nach dem ursprünglichen Deckungsprogramm.

Das neue Steuerkompromiß wird am Donnerstag von den Parteiführern unterzeichnet werden und soll um 15 Uhr dem Reichstag vorliegen.

### Deutschnationale und Reichsregierung.

Stellungnahme der deutschnationalen Parteivertretung.

Im Anschluß an die Vorstandssitzung trat die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei zusammen. In den Vorstand wurden neu hinzugezogen: Graf Bestraf, dessen Mandat mit seinem Rücktritt als Vorsitzender der Reichstagsfraktion erloschen war, Bürgermeister Berndt, R. d. R., ferner als Arbeitervertreter Landtagsabgeordneter Martin und Reichstagsabgeordneter Wolf, als Vertreterin der Frauen Frau von Tilling, R. d. L., und als Jugendvertreter cand. jur. Strauß. Darauf hielt der Parteivorstand einen eingehenden Vortrag über die politische Lage, insbesondere über die Arbeit der deutschnationalen Reichstagsfraktion in den letzten Wochen. Die Vertoppelung des Landwirtschaftsprogramms mit dem Finanzprogramm

lehnte die Partei ab. Es kam zum Ausdruck, daß die Erleichterungen, die der Landwirtschaft im Agrarprogramm gegeben werden sollen, durch fiskalische Belastungen und damit durch Verteuerung der Betriebsmittel wieder wettgemacht würden.

Die von dem Kabinett geforderten Zölle würden im übrigen im Augenblick nur den Händen zugute kommen, da die Landwirtschaft kein Getreide mehr in den Händen hat; wer jedoch nach der nächsten Ernte die Bestimmungen über die Zölle auszuführen habe, sei gänzlich unbekümmert.

Es wurde endlich eine Entschließung gefaßt, in der die Parteivertretung Dr. Eugenbergs und Dr. Obersohns ihr Vertrauen ausdrückte.

eine schwere politische Krise

fallt. Er sei der Meinung, daß wir zu einer dauernden Senkung der direkten Steuern, insbesondere der Realsteuern, nur dann kommen können, wenn die Besteuerung des erheblichen Konsums in Deutschland auf der ganzen Linie ausdehnend ausgebaut sei. Völlig unmöglich sei es, daß die Biersteuer nur 400 Millionen Mark bringe. Die Arbeitslosen müßten gegen Hunger und Not gekämpft werden. Trotzdem müsse aber festgehalten werden, daß ein Teil der heutigen Arbeitslosigkeit die Folge des Systems der Arbeitslosenversicherung sei. Der Minister ging alsdann auf

### Die Notlage der Landwirtschaft

ein. Er glaube, daß durch die letzte Zollnovelle vom 26. März ein Schutz der inländischen Körnerproduktion erreicht sei, der ausreiche. Die Ermächtigung, die die Reichsregierung bekommen solle, die Zölle im Bedarfsfälle zu erhöhen oder herabzusetzen, könne nur noch den Zweck haben, dann einzugreifen, wenn die in den Hauptproduktionsländern aufgestapelten Getreidemengen planlos auf den Weltmarkt geworfen werden sollten. Das Entscheidende zur Besserung der Lage der Landwirtschaft liege jedoch bei der Frage der Drosselung der Zufuhren. Die Lösung dieses Problems werde erschwert durch den Gegensatz zwischen den Interessen des deutschen Ostens und denen des Westens und Südens. Man müsse versuchen, die Produktion des Ostens zu schützen, ohne den Westen und Süden zu schwächen. Der Minister wies dann darauf hin, daß man noch mehr als bisher bei der Handelspolitik das

Augenmerk auf die Oststaaten richten müsse, die bereit seien, unsere Waren abzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkte müsse man auch unsere Handelspolitik gegenüber Polen und Rumänien werten. Der Minister

■ Fördert die Ortspresse ■